

Henning Melber

Der lange Schatten des deutschen Kolonialismus

Verdrängung, Verleugnung, Umdeutung

**Aus dem Englischen übersetzt
vom Thomas Brückner**

**Mit einer Aktualisierung
zur deutschsprachigen Ausgabe
von Henning Melber**

U N R A S T

1. Einleitung

Welche Vergangenheit, wessen Vergangenheit?

»Wir können die Vergangenheit nicht ändern, aber wir können unsere Blindheit gegenüber der Vergangenheit ändern.«¹

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde eine umfangreiche deutschsprachige Essaysammlung mit dem Titel *Verbrechen erinnern* veröffentlicht. Der Untertitel verwies auf die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord als Schwerpunkt. Dies legte nahe, dass es aus selbstkritischen Untersuchungen entstand, um eine gewalttätige Vergangenheit in der Gegenwart aufzuarbeiten. Das Buch wurde nachfolgend zu subventioniertem Preis über die Bundeszentrale für politische Bildung vertrieben. Der erste Teil widmet sich Beispielen aus verschiedenen Ländern und umfasst ein ganzes Jahrhundert – beginnend beim Völkermord an den Armenier:innen, gefolgt von Fallstudien zu Südafrika, Algerien, den Niederlanden, der Sowjetunion, Japan und dem ehemaligen Jugoslawien. Der deutsche Kolonialismus wird in diesem Band mit 30 Essays kein einziges Mal thematisiert.² Ähnlich verhält es sich mit drei Bänden, die ungefähr zur selben Zeit über deutsche Erinnerungsorte veröffentlicht wurden, die den Anspruch erheben, einen weit greifenden Versuch zur Bestandsaufnahme des kulturellen Gedächtnisses der Deutschen vorzunehmen. Aber nirgends findet sich ein eigener Eintrag zum Kolonialismus.³

Diese Beispiele sind bezeichnend für die relative Blindheit, die zur Zeit der Veröffentlichung vorherrschte. Es gibt aber Grund zur Annahme, dass ähnliche Projekte 20 Jahre später weniger anfällig für solch verstörendes Hinwegsehen und derartige Versäumnisse sind, und dass einige gewalttätige Exzesse der deutschen Kolonialherrschaft – nicht zuletzt der in Südwestafrrika begangene Völkermord – nicht länger ignoriert werden können. Allerdings räumen die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundes

1 Chimamanda Ngozi Adichie in ihrer Festrede im Humboldt Forum Berlin anlässlich der Eröffnung des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst, am 22. September 2021, Video einsehbar unter <https://www.humboldtforum.org/programm/digitales-angebot/digital-en/keynote-speech-by-chimamanda-adichie-32892/>.

2 Knigge / Frey, *Verbrechen erinnern*.

3 Francois / Schulze, *Deutsche Erinnerungsorte*.

tages bereits in einer 2013 zusammengestellten Dokumentation recht entwaffnend ein, dass sich die deutschen Staatsbürger:innen nur in geringem Maße des Kolonialreiches des Kaiserreichs in Afrika und anderen Teilen der Welt bewusst seien.⁴ Die Dokumentation schlussfolgert, dass Deutschlands Kolonialvergangenheit in Namibia höchstwahrscheinlich »Erregungspotential« in sich birgt.⁵

Die vorliegende Studie ist ein weiterer bescheidener Versuch, zu diesem Potential beizutragen und es vielleicht sogar zur bereichern. Damit verbindet sich ein heikler Balanceakt. Carsten Stahn bemerkt dazu:

»Die kritische Untersuchung der kolonialen Praktiken durch westliche Akteure ist ein zweischneidiges Schwert. Sie kann unter Umständen im Globalen Norden und in Europa zu einem Umdenken bezüglich der Vergangenheit und zeitgenössischer Denkansätze führen. Doch sind ihr zugleich Grenzen gesetzt und Unklarheiten inhärent ... Jegliche westliche Sicht kann sich schnell in ihren eigenen Widersprüchen verfangen oder Ungleichheiten fortbestehen lassen. Sie kann andere Stimmen weniger sichtbar machen oder das Dilemma der Ungleichheit, der strukturellen Ungerechtigkeit oder der Unterdrückung über die Stimmen einer >herrschenden Gruppe< vorführen, anstatt mit den Stimmen derjenigen, die marginalisiert wurden (>Whitesplaining<).«⁶

Ich bin mir solcher Fallstricke wohl bewusst, schließe mich Stahn an und nehme die Herausforderung an. In gewissem Maße fühle ich mich auch wohl in der relativen Sicherheit des besonderen Themas, dem ich mich nachfolgend widme. Es handelt sich im Wesentlichen um eine Sicht des >Wir< (als deutschstämmiger Nachfahre der Generationen, die unmittelbar in die Kolonialexpansion und die koloniale Unterdrückung verwickelt waren) und nicht des >Sie< auf Empfängerseite. »Das afrikanische Anliegen ernst nehmen«, fordert Olúfemi Táíwò⁷, und das heißt nicht, als Nachfahre (und damit Nutznießer) der Täter:innen der Kolonialgeschichte im Schweigen zu verharren. Wir können nicht aus dieser Geschichte her austreten. Wir können uns aber von den vorherrschenden Narrativen distan-

4 Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag, *Dokumentation: Zur kolonialen Vergangenheit Deutschlands in Namibia*, S. 4. Bemerkenswerterweise sind der Name des Autors und mehrere andere Verweise auf Quellen und verwandte Informationen geschwärzt.

5 Ebenda, S. 9.

6 Stahn, *Confronting Colonial Objects*, S. 9.

7 Táíwò, *Against Decolonisation*.

zieren. Oder uns vielmehr dissoziieren. Wir können und sollten in unserem Streben danach, das Erbe einer besonderen, gewalttätigen Vergangenheit, deren Konsequenzen bis in die Gegenwart reichen, auch unser eigenes Anliegen vortragen – nicht für andere, sondern um unser selbst willen. Diese Betrachtungen beruhen zudem auf dem Wunsch herauszufinden, wie man am besten mit den ererbten Ungerechtigkeiten umgeht, die heute in der Geisteshaltung und der Politik reproduziert werden und nachwirken, wenn sie nicht überwunden werden. Geschichte und Erinnerung müssen fortwährend befragt werden.

Kolonialismus mit blindem Fleck

Der Koalitionsvertrag vom 12. März 2018, geschlossen zwischen der Christlich Demokratischen Union (CDU), der Christlich-Sozialen Union (CSU) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) – gemeinhin als »Große Koalition« bezeichnet – eröffnete dem deutschen Regierungshandeln ein neues Kapitel. Zum ersten Mal erkannten die Parteien die Notwendigkeit an, sich mit der kolonialen Vergangenheit zu befassen. Unter der Teilüberschrift »Gedenken und Erinnern«, wurde im Vertrag erklärt, dass es ohne Erinnerung keine Zukunft gebe und die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Deutschlands zum demokratischen Grundkonsens gehöre.⁸ Dieser bemerkenswerten Aussage folgten jedoch als ausschließliche Schwerpunkte lediglich die Nazi-Zeit und der ostdeutsche Staat (DDR). Fünf Mal erscheinen die Wörter »kolonial«, »Kolonialismus« bzw. »Kolonialgeschichte« auf den 173 Seiten des Vertrags. Sie tauchen nur im Zusammenhang mit der erklärten Absicht auf, die kulturelle Zusammenarbeit mit Afrika vor allem durch eine Neubewertung des Kolonialismus, den Bau von Museen und Kultureinrichtungen in Afrika und das Engagement für eine gründliche Archivforschung anzureichern.⁹ Dieses in Aussicht gestellte Engagement wurde zunächst als neue Absichtserklärung begrüßt, traf aber zugleich auf skeptische Vorbehalte, was dessen Ernsthaftigkeit anging.¹⁰

8 Die Bundesregierung, »Koalitionsvertrag vom 12. März 2018«, Kapitel XIII/2, S. 165.

9 Ebenda, XII/4, S. 152 und XIII/2, S. 167.

10 Schwarzer, *Das verdrängte Verbrechen*.

Tatsächlich dauerte es nicht lange, bis die Wirklichkeit ernüchternd sichtbar wurde. Im Oktober 2018 antwortete die Regierung auf eine kleine Anfrage der Partei Die Grünen zur kulturpolitischen Aufarbeitung der deutschen Kolonialzeit.¹¹ Die Frage, welche konkreten Regierungsmaßnahmen angesetzt würden, um die deutschen Kolonialverbrechen anzuerkennen, wurde beantwortet, indem man sich auf die (oben erwähnte) Absichtserklärung berief. Dem folgte eine Liste mehrerer Institutionen, die sich mit einer Reihe geförderter Aktivitäten befassen (wie zum Beispiel der Sicherung von Archivmaterialien, Ausstellungen in Museen, Archivforschung und Kulturveranstaltungen). Abschließend wurde darauf hingewiesen, dass die deutsche Regierung die während der Kolonialzeit begangenen Verbrechen bereits anerkannt habe, weil sie im August 2018 die menschlichen Gebeine unterjochter Menschen an Namibia zurückgab, die ursprünglich als Trophäen oder Musterexemplare nach Deutschland gebracht worden waren.¹² Auf die Frage, ob es geplant sei, die Kolonialverbrechen in die offizielle Gedenkstättenkonzeption aufzunehmen (die sich der Nazi- und der DDR-Zeit widmete), fiel die Antwort negativ aus: Aufgrund der anderen historischen Zusammenhänge und Orte des Gedenkens gehöre die Kolonialzeit nicht zum Erinnerungsprogramm.¹³ Auf die Frage, welche Rolle die Kolonialzeit im Bundesprogramm »Jugend erinnert« spielen sollte, das in der Koalitionsvereinbarung vom März 2018 angekündigt wurde, erklärte die Regierung, dass dieses Programm sich auf die Verbrechen der Nazizeit beziehe und sich speziell mit dem gegenwärtigen »Antisemitismus und Antiziganismus« beschäftige und zudem die »SED-Diktatur« einschliesse. Weitere Aspekte der deutschen Geschichte seien nicht Gegenstand des Programms.¹⁴ Am aufschlussreichsten ist vielleicht, dass die Frage, ob die Regierung die Forderung nach Einrichtung einer zentralen Gedenk- und Dokumentationsstätte zur Erinnerung an die deutsche Kolonialzeit teilt, mit einer ausweichenden Antwort bedacht wurde: Es hat sich bewährt, dass einer solchen Initiative eine Entscheidung des Bundestages zugrunde liegen sollte.¹⁵

Bis Ende 2023 ist es zu keiner solchen Initiative gekommen, weder seitens der Parteien der ehemaligen Koalition noch derer, die ab Dezember

11 Deutscher Bundestag, »Drucksache 19/5130«.

12 Ebenda, S. 4f.

13 Ebenda, S. 4, 14, 2.

14 Ebenda, S. 2.

15 Ebenda, S. 2.

2021 die Regierung stellten. Stattdessen beschloss der Bundestag 2020, in Berlin ein neues Dokumentationszentrum einzurichten, um an die im Zweiten Weltkrieg von Deutschland in den okkupierten Ländern begangenen Gräueltaten zu erinnern; dies wurde als europäisches Projekt konzipiert und kontextualisiert. Seither hat die neue Koalitionsregierung ihre Pläne vorangetrieben, einschließlich einer parlamentarischen Anhörung Ende November 2022.¹⁶ Das Zentrum soll eine Dauerausstellung zum Thema beherbergen, die durch Sonderausstellungen zu verschiedenen historischen Aspekten der Zeit vor und nach dem Krieg ergänzt werden soll. Während der Anhörung, die auf 30 Seiten dokumentiert ist, wurde der Bezug zum Kolonialismus kein einziges Mal erwähnt.

Dieser fortgesetzt bestehende blinde Fleck findet sich auch in einem Positionspapier zur Vergangenheitsarbeit (Transitionsjustiz), das Mitte 2019 vom Auswärtigen Amt veröffentlicht wurde. Es »vertritt ein umfassendes Verständnis der Aufarbeitung vergangenen Unrechts«. ¹⁷ Dieser Ansatz berücksichtigt »die Verletzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte« und »unterschiedliche Dimensionen von Gerechtigkeit (wie strafende ausgleichende, wiederherstellende Gerechtigkeit).« Die Transitionsjustiz bildet einen Teil des gesellschaftlichen Transformationsprozesses.¹⁸ Das befürwortet »breit angelegte partizipative Prozesse... damit Vergangenheitsarbeit zum einen nicht als Projekt von Eliten wahrgenommen wird, und zum anderen der Sachverstand und die politischen Impulse zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gruppierungen (insbesondere solcher, die Opfer und Überlebende repräsentieren oder direkten Zugang zu diesen haben) genutzt werden können.«.¹⁹ Das Positionspapier listet Beispiele für Transitionsjustiz aus Deutschland in »Anerkennung und Wiedergutmachung vergangenen Unrechts«.²⁰ Es wird Bezug auf die »Wiedergutmachung und Entschädigung von NS-Unrecht« genommen.²¹ Es behauptet: »Durch die jahrzehntelangen und vielschichtigen Erfahrungen in diesem Politikfeld kann Deutschland zu grundsätzlichen Voraussetzungen, Prob-

16 Deutscher Bundestag, Ausschuss für Kultur und Medien, »Protokoll-Nr. 20/20«.

17 Bundesregierung, *Ressortgemeinsame Strategie zur Unterstützung von »Vergangenheitsarbeit und Versöhnung (Transitional Justice)«*, S. 9, im Original fett.

18 Ebenda.

19 Ebenda, S. 17, im Original fett.

20 Ebenda, S. 25, im Original fett.

21 Ebenda.

lemstellungen und Entwicklungsmechanismen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Anstrengungen zur Wiedergutmachung Auskunft geben.«²² Es fällt auf, dass der Begriff »Kolonialismus« in dem 32-seitigen Dokument kein einziges Mal auftaucht.

Neue Absichten – alte Scheuklappen

Seit damals sind zumindest im offiziellen Regierungsdiskurs einige Veränderungen sichtbar geworden. Im Dezember 2021 bildeten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Freie Demokratische Partei (FDP) eine neue Koalitionsregierung. Unter der Überschrift »Koloniales Erbe« brachte das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen die Absicht zum Ausdruck, die deutsche Kolonialgeschichte mit besonderem Bezug auf die Restitution von Objekten mit kolonialem Hintergrund neu zu bewerten. Man verpflichtete sich zugleich, einen Plan für die Schaffung eines Ortes zu entwickeln, an dem über den Kolonialismus informiert und an ihn erinnert werden kann. Die Koalition strebte an, die hinsichtlich der kolonialen Vergangenheit bestehende Kontinuität zu beenden und unabhängige Studien anzuregen, die den Kolonialismus neu bewerten.²³ Im Abschnitt »Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik« fügte der Koalitionsvertrag hinzu, dass die Aussöhnung mit Namibia eine unverzichtbare Aufgabe bleibt, die aus der historischen und moralischen Verantwortung Deutschlands erwächst. Es wurde weiterhin erklärt, dass das so genannte Versöhnungsabkommen der Auftakt zu einem gemeinsamen Prozess der Aufarbeitung sein kann.²⁴

²² Ebenda.

²³ Die Bundesregierung, »Koalitionsvertrag vom 7. Dezember 2021«, S. 125: »Um die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte voranzutreiben, unterstützen wir auch die Digitalisierung und Provenienzforschung des kolonial belasteten Sammlungsgutes und dessen Zugänglichmachung auf Plattformen. Im Dialog mit den Herkunftsgesellschaften streben wir Rückgaben und eine vertiefte ressortübergreifende internationale Kooperation an. Wir unterstützen insbesondere die Rückgabe von Objekten aus kolonialem Kontext. Außerdem entwickeln wir ein Konzept für einen Lern- und Erinnerungsort Kolonialismus. Unsere Kulturpolitik leistet einen Beitrag für eine gemeinsame Zukunft zwischen Europa und Afrika. Wir schaffen ein Sonderprogramm »Globaler Süden«. Wir wollen koloniale Kontinuitäten überwinden, uns in Partnerschaft auf Augenhöhe begegnen und veranlassen unabhängige wissenschaftliche Studien zur Aufarbeitung des Kolonialismus.«

²⁴ Der Entwurf des Abkommens wurde im Mai 2021 nach über fünf Jahren bilateraler Verhandlungen auf Regierungsebene von den Sonderbotschaftern beider

Im Juni 2022 veröffentlichte die Monatszeitschrift des Deutschen Kulturrats, der Dachorganisation der deutschen Kulturvereinigungen, eine Reihe kurzer Verlautbarungen der Sprecher:innen der sechs politischen Fraktionen im Bundestag. Man hatte sie angefragt, die Prioritäten für die auswärtige Politik zu Kultur und Bildung zusammenzufassen.²⁵ Repräsentant:innen der regierenden Ampelkoalition hatten bemerkenswert wenig bis gar nichts zur Kolonialgeschichte zu sagen. In der Verlautbarung des SPD-Bundestagsabgeordneten Michael Müller findet sich nichts. Der Bundestagsabgeordnete Erhard Grundl von den Grünen erwähnte beiläufig eine Erinnerungskultur bezüglich der ethnologischen Sammlungen aus ehemaligen Kolonien und den Austausch sowie die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Herkunftsländern. Auch beim liberal-demokratischen Bundestagsabgeordneten Thomas Hacker von der FDP findet sich nichts. Stattdessen betonte er, dass seine Partei keinerlei Kulturimperialismus befördern würde, zumal es darum gehe, die europäischen Werte voranzubringen. Für CDU und CSU äußerte sich die frühere Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, nur beiläufig zur Rückgabe der Benin-Bronzen (als Vorgängerin im Amt der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien war sie direkt mit den Verhandlungen befasst).

Diese Verlautbarungen zeigen, dass gewisse Unterschiede zwischen dem Koalitionsvertrag und den Prioritäten seiner Vertreter:innen hinsichtlich der auswärtigen Kulturpolitik bestehen.

Interessanterweise schenkten lediglich die Repräsentant:innen der Parteien des linken und des rechten politischen Spektrums diesen Themen größere Aufmerksamkeit. Matthias Moosdorf, Mitglied des Bundestages für die AfD, betonte, »unsere« Geschichte, Werte und Errungenschaften seien einzigartig und oft genug beispielhaft für andere Kulturen und Gesellschaften weltweit. Er fragte wer, wenn nicht »wir«, sei in der Welt am besten dazu in der Lage, über die wechselseitige Beziehung zwischen Freiheit und Verantwortung zu sprechen. Eine vernünftige Aufarbeitung des kolonialen Erbes solle, so hob er hervor, die Tatsache nicht ignorieren, dass die europäische Zivilisation immer noch vielerlei anzubieten habe. Die Bundestagsabgeordnete Sevim Dağdelen von der Partei Die Linke formulierte die

Länder paraphiert, war aber Anfang 2024 noch nicht ratifiziert. Weitere Einzelheiten zum Prozess und dessen Kontroversen, siehe Kapitel 5.

25 »Was steht an in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik? Die Sprecher:innen und Sprecher der Fraktionen geben Auskunft«, *Politik & Kultur*, Juni 2022, S. 6f.

Gegenposition. Sie widmete dem Kolonialerbe die Hälfte ihrer Verlautbarung und war damit die einzige, die diesem Thema Vorrang einräumte. Mit Bezug auf das deutsch-namibische Abkommen, das den in Südwestafrica verübten Völkermord ansprach, hob sie die Notwendigkeit einer kritischen Betrachtung der öffentlichen Erinnerungskultur in Deutschland und der Entkolonisierung einer von kolonialer Geisteshaltung durchdrungenen Außenpolitik hervor. Sie zog die Schlussfolgerung, dass die Aussöhnung mit Namibia erst den Anfang eines Prozesses darstelle, mit den Kolonial- und Kriegsverbrechen Deutschlands abzuschließen. Dieser erfordere, dass die deutsche Außenpolitik auf allen Ebenen entkolonisiert werde.

Die eigene und die Vergangenheit der Anderen

Trotz aller Belege für das fortgesetzte Fehlen einer ernsthaften Auseinandersetzung mit Deutschlands kolonialer Vergangenheit endete das Jahr 2022 in Übereinstimmung mit dem erklärten Willen, Objekte mit kolonialem Kontext zurückzugeben, mit einer spektakulären Geste. Am 20. Dezember 2022 übergaben die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (Kulturstatsministerin), Claudia Roth, gemeinsam mit den Direktoren mehrerer angesehener deutscher Kunst- und Geschichtsmuseen, während einer Zeremonie im nigerianischen Außenministerium in Abuja 20 Skulpturen der sogenannten Benin-Bronzen an Lai Mohamed, den Kulturminister Nigerias. Diese Kunstwerke waren ursprünglich Ende des 19. Jahrhunderts zu Tausenden von britischen Soldaten erbeutet worden, zumeist aus dem Palast des Königreiches Benin (heute der Bundesstaat Edo in Südnigeria). Viele gelangten nachfolgend in die Museen und Kunstsammlungen anderer Staaten. Bekannt ist, dass sich in Deutschland über 1.130 davon befinden. Nach jahrelangem Hin und Her wurde ihr Besitz am 1. Juli 2022 in einem zukunftsweisenden Schritt juristisch an Nigeria rückübertragen.²⁶ Der Fall sorgte vor allem in Großbritannien für Stirnrunzeln, da sich die britische Regierung einem solchen Schritt starrköpfig verweigerte.

Während der Übergabe-Feierlichkeit erklärte Außenministerin Baerbock: »Heute sind wir hier, um die Benin-Bronzen denen zurückzugeben, denen sie gehören, dem nigerianischen Volk. Wir sind hier, um ein Unrecht

26 Das Abkommen kann unter Auswärtiges Amt, »Joint Declaration on the Return of Benin Bronzes and Bilateral Museum Cooperation«, eingesehen werden.

wiedergutzumachen.« Und sie fügte hinzu: »Dies ist eine Geschichte des europäischen Kolonialismus. Es ist eine Geschichte, in der unser Land eine dunkle Rolle gespielt und in verschiedenen Teilen Afrikas enormes Leid verursacht hat.«²⁷ Und Claudia Roth versprach: »Was heute beginnt, ist kein Schlusstrich, es ist ein Beginn. (...) Es ist ein Wendepunkt in der internationalen Kulturpolitik.«²⁸ Baerbock hatte bereits vor ihrem Abflug nach Abuja getwittert, dass die Rückgabe der Benin-Bronzen einen längst überfälligen Schritt darstellte. Er könnte nicht alle Wunden der Vergangenheit heilen, beweise aber Deutschlands Entschlossenheit bei der Aufarbeitung seiner »dunklen« Kolonialgeschichte.²⁹

Diese Handlung, die in den deutschen und internationalen Medien weite Verbreitung fand, wurde viel gelobt.³⁰ Gleichzeitig aber, und das ist Hinweis darauf, wie lebendig die kolonialrevisionistische Gegenkultur in Deutschland immer noch ist, rief sie auch entwürdigende Attacks hervor, die gegen solche Initiativen sind. Ein irreführender Eindruck entstand dadurch, dass der Außenministerin vorgeworfen wurde, sie wisse nicht, dass Nigeria keine deutsche Kolonie gewesen war.³¹ Es ist daher nur fair, nochmals aus ihrer Rede zu zitieren:

»Amtsträger aus meinem Land kauften einst die Bronzen, obwohl sie wussten, dass sie geraubt und gestohlen worden waren. Danach haben wir Nigerias Bitte um Rückgabe sehr lange Zeit ignoriert. Es war falsch, sie mitzunehmen. Aber es war auch falsch, sie zu behalten. (...)

27 Auswärtiges Amt, »Rede von Außenministerin Annalena Baerbock anlässlich der Übergabe der Benin Bronzen«.

28 Claudia Roth, »Rückgabe der ersten Benin-Bronzen«. Bemerkenswert, dass Medienberichte die Anzahl mit 20, 21, oder 22 angeben. Einem Tweet von Baerbock zufolge belief sich die Anzahl auf 20.

29 <https://twitter.com/ABaerbock/status/1604492970866229256>.

30 Für die Medienbeachtung vgl. einen detaillierten Hintergrundartikel: Rogers / Lassa / Marshall, »How Germany Changed Its Mind, and Gave the Benin Bronzes Back«; Ein Aufsatz im *Spiegel* nahm ein Zitat des Gouverneurs des nigerianischen Bundesstaates Edo zum Titel, dass Deutschland ein Vorbild für die Welt (sei); Schult, »Rückgabe der Benin-Bronzen«, vgl. auch Auswärtiges Amt, »Rede der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock bei der Übergabe der Benin-Bronzen am 20. Dezember 2022 in Abuja«

31 Vgl. die faktische Zurückweisung derartiger Behauptungen bei Mallon, »Benin-Bronzen: Baerbock hat absolut recht, ihre Hater blamieren sich«.

Die Rückgabe der Bronzen heute ist ein entscheidender Schritt in Richtung dahin, wie wir mit diesem Kapitel umgehen sollten: offen, aufrichtig, mit der Bereitschaft, die eigenen Handlungen kritisch zu bewerten. (...)

Und entscheidend dabei ist, dass wir aufmerksam den Anliegen derjenigen zuhören, die die Opfer kolonialer Grausamkeiten waren.«³²

Ohne lächerlich machen oder herabsetzen zu wollen, was man als signifikante symbolische Geste ansehen kann, so hat man angesichts des ziemlich unkritischen und feierlichen Tons der deutschen Reden doch das Gefühl, dass etwas größere Bescheidenheit angemessen gewesen wäre. Ungeachtet aller Beschränkungen dieser Geste im Gesamtbild, wurde Deutschland als »Musterland« gelobt.³³ Sicherlich ist dieses großzügige Lob seitens nigerianischer Amtsträger verständlich. Immerhin machte die Rückgabe es möglich, die Briten und ihre Zurückhaltung bei der Rückgabe ihres Anteils der geraubten Objekte anzusprechen und zu beschämen. Mit Blick darauf hatte London allen Grund, empört auf die Mitte 2022 veröffentlichte deutsche Erklärung zu antworten, nach der alle Benin-Bronzen in öffentlichen Einrichtungen Deutschlands in nigerianischen Besitz überführt würden – auch wenn der Großteil für den Augenblick als Leihgaben in deutschen Museen ausgestellt bleibt. Was praktisch nur einen geringen Unterschied jenseits des juristischen Besitzwechsels macht.³⁴ Das erinnert an eine Bemerkung Klaus Lederers von der Partei Die Linke und zwischen Dezember 2016 und April 2023 stellvertretender Oberbürgermeister und Senator für Kultur und Europa im Bundesland Berlin sowie treibende Kraft hinter der Unterstützung für die lokalen postkolonialen Initiativen. Er warnte davor, dieselbe diskriminierende Sicht der Vergangenheit anzuwenden und beizubehalten, nach der die kulturellen Artefakte aus Afrika nun allen gehörten, europäische Kulturgüter aber ausschließlich in europäischem Besitz bleiben sollten. Hier müsse es zu einem wahrhaftigen und fairen gemeinsamen Besitz kultureller Güter kommen – ähnlich der Neuverfassung einer gemeinsamen Geschichte, zu der nur zu oft zutiefst gewalttätige, ausbeuterische und menschenfeindliche Praktiken zählten.

32 Auswärtiges Amt, »Rede der Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock bei der Übergabe der Benin-Bronzen«.

33 Koldehoff, »Kommentar zu Benin-Bronzen«.

34 Die Vereinbarung verkündet in Artikel 5: »Beide Seiten beabsichtigen, dass öffentliche deutsche Museen und Institutionen weiterhin Benin-Bronzen ausstellen, als Leihgaben wie in der gemeinsamen Erklärung niedergelegt.«.

Das ist zu beachten, wenn man die Verlautbarung Claudia Roths in Abuja betrachtet, nach der Nigeria Deutschland die Gelegenheit bot, sich mit seiner Kolonialgeschichte auseinanderzusetzen, was »Teil unserer Erinnerungskultur« sei.³⁵ Wären nicht die kolonialen Gräueltaten Deutschlands, die in die Zeit des Kaiserreichs zurückreichen, der bessere Bezugspunkt, und müssten sie nicht Priorität bei der ordnungsgemäßen Beschäftigung mit der kolonialen Vergangenheit Deutschlands besitzen? Die Beute zurückzugeben, die andere europäische Länder gemacht haben und die nachfolgend in deutschen Besitz gelangt ist, ist nichts als eine einfache Reuegeste – umso mehr, als die übergebenen Gegenstände an die Regierung eines Landes gehen, das nie der imperialen Macht Deutschlands ausgesetzt war. Eine ganz andere Sache ist es zum Beispiel, (wenn möglich) geraubtes Land an die Nachkommen derjenigen zurückzugeben, denen deutsche Soldaten, Verwaltungsbeamte und Siedler:innen ihr Land gestohlen haben. Als sie sich gegen die deutsche Kolonialinvasion zur Wehr setzten, wurden die indigenen Gemeinschaften mit »Strafexpeditionen«, die schließlich in Krieg und Völkermord gipfelten, rücksichtslos bestraft. Der Landraub war integraler Bestandteil des europäischen Imperialismus, der auf der Behauptung einer rassischen Überlegenheit beruhte. Im Ergebnis besetzen in Namibia die (zumeist deutschsprachigen Weißen) Nutznießer des vorherigen Minderheitsregimes des Siedlerkolonialismus, das auf den Trümmern der lokalen Gesellschaften begründet wurde, noch immer große Teile des Landes, das seinerzeit mit brutaler Gewalt geraubt wurde.

Der deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier besuchte – eine symbolische Geste und die erste ihrer Art – am 1. November 2023 das Maji Maji Memorial Museum in Songea in Tansania und traf Nachkommen von Chief Songea Mbano.³⁶ Chief Songea Mbano und 66 weitere Ngoni-Krieger wurden 1906 wegen ihres Widerstands gegen die deutsche Kolonialherrschaft hingerichtet. Er wurde enthauptet. Seither liegt sein Schädel wie Tausende andere menschliche Gebeine (hauptsächlich aus den ost- und südwestafrikanischen Kolonien³⁷) namenlos in einem deutschen

35 Claudia Roth, »Rückgabe der ersten Benin-Bronzen«.

36 Aus Gründen, die wahrscheinlich mit den ausstehenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Namibia zum in Südwestafrika verübten Völkermord zusammenhängen (Einzelheiten dazu siehe Kapitel 5), erfolgte in Namibia kein solcher Auftritt.

37 Für weitere Einzelheiten siehe: <https://rememberinghumanremains.wordpress.com/songea-mbano>; LeGall/Mboro, »Deutsch-Ostafrika«, S.109, Rushohora,

Depot. Ein Ende 2023 vorgestellter Bericht listet über 17.000 menschliche Gebeine in den 33 deutschen Einrichtungen auf, die untersucht worden waren. Nahezu die Hälfte davon konnte geografisch nicht zugeordnet werden.³⁸ Steinmeier erklärte in seiner Rede:

»Und als deutscher Bundespräsident möchte ich um Verzeihung bitten ... und Ihnen versichern, dass wir Deutsche mit Ihnen nach Antworten suchen werden auf die offenen Fragen, die Ihnen keine Ruhe lassen (...)

Ich bin heute als Präsident eines anderen Deutschlands nach Songea gekommen. Eines anderen Landes als jenes, das Ihre Vorfahren kennenlernen mussten. Deutschland ist bereit zu einer gemeinsamen Aufarbeitung der Vergangenheit. Niemand soll vergessen, was damals geschehen ist.«³⁹

Keine Symbolpolitik mehr?

Präsident Steinmeiers erklärte Reue bekam zwar zuhause in Deutschland große Medienaufmerksamkeit, doch waren nicht alle Reaktionen ungeteilt positiv. Dominic Johnson begrüßte die »richtigen Worte«, wies aber warnend darauf hin, dass die Erklärung eines Bundespräsidenten nicht automatisch praktische politische Relevanz habe. Das war »ein Signal, aber noch keine Politik«.⁴⁰ Ein anderer Kommentator registrierte ablehnend, dass der Präsident nur Mitglieder einer Wirtschaftsdelegation in seiner Begleitung hatte, jedoch keine Historiker:innen. Er warnte davor, dass die Reue zeigenden »Krokodilstränen« bezüglich der Vergangenheit nicht von der fortgesetzten neo-kolonialen Ausfuhr natürlicher Ressourcen ablenken dürften.⁴¹ Andrea Böhm hingegen lobte Steinmeiers »ehrliche Worte« als weitreichender als alle anderen Verlautbarungen europäischer Spitzenpolitiker – nicht zuletzt die des Königs des Vereinigten Königreiches, Charles III., der Kenia zur selben Zeit besuchte. Sie stellte die Frage, ob die ausgesprochene Entschuldigung und Bitte um Vergebung als Schuldeingeständnis im juristischen Sinn verstanden werden und so berechnete Reparationszahlungen

»Desperate Mourning and Atrophied Representation«.

38 Pérez Ramirez, *Survey on Human Remains from Colonial Contexts Held in Museum and University Collections in Germany*.

39 Bundespräsidialamt, »Rede von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier bei einem Besuch im Maji-Maji-Museum am 1. November« 2023 in Songea/Tansania.

40 Johnson, »Ein Signal, aber noch keine Politik«.

41 Selz, »Krokodilstränen«.

nach sich ziehen könne.⁴² Michael McEachrane – Berichterstatter des Permanent Forum of People of African Descent – bezeichnete Steinmeiers Entschuldigung als guten Anfang mit moralischen wie juristischen Konsequenzen. Doch müssten, so fügte er hinzu, tatsächliche Anstrengungen folgen.⁴³

Nimmt man die Einschätzung über »unsere dunkle koloniale Vergangenheit« ernst, wie Baerbock am 18. Dezember 2022 vor ihrem Beuch in Abuja twitterte, was in gewisser Weise von Steinmeier in Songea ein weiteres Mal betont wurde, dann folgt daraus die Pflicht, den Weg bis zum Ende zu beschreiten.⁴⁴ Das schließt ein, den Verbrechen, die im Namen der deutschen »Zivilisation« im Ausland begangen wurden, zuhause größere Aufmerksamkeit entgegenzubringen, indem man sich ebenso streng mit diesen Skeletten im Schrank auseinandersetzt wie mit der später erfolgten Massenvernichtung durch die Nazis. Klaus Lederer, seinerzeit Berliner Senator für Kultur und Europa, schätzte ein, dass eine wahrhaftige entkolonisierende Transformation auf allen institutionellen Ebenen und in vielen gesellschaftlichen Bereichen extensive Maßnahmen erfordert. Dessen muss man sich bewusst sein, wenn man Entkolonisierung und Restitution in engerem kulturellem Sinne angeht. Ansonsten droht die Kultur zum Feigenblatt fortschrittlicher Diskurse innerhalb eines relativ geschützten Raums zu werden.⁴⁵ Der eingangs erwähnte Koalitionsvertrag betonte die Notwendigkeit, unabhängige akademische Studien zur Beurteilung des Kolonialismus in Auftrag zu geben. Man kann sich nur wundern, was damit über Verzögerung hinaus beabsichtigt ist. Bibliografie und Anmerkungen in diesem Buch belegen, dass der deutsche Kolonialismus längst kein unzureichend erforschtes Gebiet mehr darstellt. Wissen existiert in einer Vielzahl von Perspektiven. Was ist an zusätzlichem Wissen erforderlich, bevor man es aktiv umsetzt und anwendet? Es scheint auch auf Deutschland anwendbar zu sein, was der britische Historiker David Andress über andere ehemalige Kolonialmächte schreibt:

»[D]ie Überlagerung der Geschichte mit Mythologie lässt sich nicht einfach und unwiderlegbar durch die Anwendung von Fachwissen entkleiden. Die gegenwärtige Einstellung des Westens zur Vergangenheit ist keineswegs die

42 Böhm, »Europas Angst sich zu entschuldigen«.

43 Hoffmann, »Wir erleben den Beginn einer großen Dekolonisierungsbewegung«.

44 Bemerkenswert ist die häufige Verwendung des Begriffs »dunkel«.

45 Lederer, »Wieviel Blut klebt an der Kunst?«, S. 115.

passive Opferschaft eines Demenzkranken, sondern vielmehr aktiv konstruiert worden. Sie ist die eifersüchtig bewachte, toxische Weigerung, sich mit wohlbekannten, jedoch politisch und emotional unbequemen Tatsachen auseinanderzusetzen, sowie mit anderen Erfahrungen, die für das kollektive Selbstbild großer Teile der Gesellschaft, die kein Verlangen zeigen, sich mit der Wirklichkeit auseinanderzusetzen, verheerende Wirkung haben.«⁴⁶

An dieser Stelle geraten die Critical Whiteness Studies ins Blickfeld. Sie greifen die vermutete Ignoranz einer kolonialen Vergangenheit an, die nicht so sehr Ergebnis fehlenden Wissens ist, sondern vielmehr »Produkt vorsätzlichen Handelns« – ein »Ignoranzpakt«, zu dem die weiße Komplizenschaft gehört, die nicht zufällig sondern absichtlich, als bewusste Entscheidung, rassistische Hierarchien stützt.⁴⁷ Sie stellen »moralisches Nicht-Wissen« bloß, in dem »Weiße a priori dazu neigen, zu leugnen, was vor ihnen liegt«, als »die Mystifizierung der Vergangenheit im Dienst einer Mystifikation der Gegenwart«.⁴⁸ »Das Ziel besteht in der Betonung einer Identität, die nicht tadelnswert ist: »Das weiße Nichtwissen leitet sich aus dem Nichterinnern her, das eine aktive Auseinandersetzung um Wissen und Nichtwissen betont, ein Abwenden, damit man nicht um die Ungerechtigkeit wissen muss, auf der das Privileg des Weißseins beruht. Bei der Erinnerung geht es darum, Identitäten für die Gegenwart herauszubilden.«⁴⁹

Ein derartiger Gedächtnisverlust bezüglich der europäischen Verwicklung in eine jahrhundertelange Abfolge von Gewalt und Unterdrückung außerhalb Europas ist keinesfalls auf Deutschland beschränkt. Hans Kundnani verweist mit der Verwendung des Begriffs »Eurowhiteness« darauf, dass das Europa, das sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts herausgebildet hat, den Schwerpunkt auf eine innereuropäische Aussöhnung und Vereinigung gelegt hat, um damit zu beweisen, dass es aus der Geschichte gelernt hat. Dadurch hat es eine vergleichbare Auseinandersetzung mit seinen blutigen »Zivilisierungsmissionen« außerhalb Europas verhindert. Mit der Konzentration auf den Holocaust hat die Erinnerungskultur eine imperiale Am-

46 Andress, »Cultural Dementia«, S. 144.

47 Van der Westhuizen, »Apology as a Pathway«, S. 146, dort zitiert nach Steyn, »The Ignorance Contract«, S. 10 und 12.

48 Mills, »White Ignorance«, S. 27 und 31, zit. n. Van der Westhuizen, »Apology as a Pathway«, S. 146.

49 Ebenda.

nesie befördert.⁵⁰ Das Europa der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bezog sich nahezu ausschließlich auf sich selbst in seinem Selbstverständnis, die Europäer:innen zusammenzuführen »damit sie nahezu ausschließlich mit Bezug aufeinander über ihre Vergangenheiten nachdenken«.⁵¹

Gegenwärtige Bemühungen, sich der Geschichte der weißen Unterdrückung und Ausbeutung zu stellen, werden somit nicht von allen willkommen geheißen. Die neuen europäischen Entwicklungen hinsichtlich einer Restitution sind in einer vernichtenden Kritik als unehrliche Beschwichtigungsstrategie im Dienste des Status quo abgewiesen worden:

»Die Gewalt der Vergangenheit ist beileibe nicht vorüber. Sie wird aber auf vielfältige Weise getarnt, unsichtbar gemacht und normalisiert... Die Sprache der Restitution versagt dabei, historische Verantwortung in Rechnung zu stellen... Die Sprache der Restitution und Herkunft liefert ein »neues« Schauspiel, eine Art und Weise, an den Kolonialismus zu erinnern und Kolonialgeschichte zu schreiben. Restitution wird in den Museen erklärt und mittels Provenienzforschung, Archiven und Kurator:innen in den dortigen Metropolen kontrolliert. Die Rhetorik der Restitution zelebriert den Kolonialismus und imperiale Machtbeziehungen ... und demonstriert, dass der imperiale Wille zu wissen der Wille zu herrschen ist.«⁵²

Wenn es über einmalige Gesten hinaus zu nachhaltiger Glaubwürdigkeit kommen soll, sind folglich weitere Gewissensprüfungen und praktische Konsequenzen erforderlich. Die offizielle Politik Deutschlands sowie Initiativen, die Fehler der Kolonialzeit anzusprechen, sollten nicht auf symbolische Handlungen beschränkt bleiben, so bedeutsam und sogar lobenswert sie auch sein mögen. In ihnen steckt das Risiko, in die Irre zu führen: eine Komfortzone zu schaffen und Seelenfrieden herzustellen. Wenn es Deutschland ernst damit ist, »unsere dunkle koloniale Vergangenheit« anzugehen, dann sollte das über Worte und Gesten hinausgehen. Dann sollte Deutschland zuallererst eine innenpolitische Agenda haben, das öffentliche Bewusstsein und aufgeklärte Bildung fördern, die auf Wissen und Einsichten beruhen, die bereits verfügbar sind. Die Rückgabe einiger Benin-Bronzen »könnte den Beginn einer neuen, stärker selbstkritischen Ära in

50 Kundnani, *Eurowhiteness*.

51 Kundnani, *Eurowhiteness*, S. 4. Interessanterweise führt er mit Bezug auf ein mögliches kollektives westeuropäisches (EU) Reparationsprojekt namentlich Frankreich, Belgien, die Niederlande, Spanien und Portugal an, nicht aber Deutschland.

52 Moradi, »>Restitution< of Looted African Art Just Continues Colonial Policies«.

der post-kolonialen Erinnerungspolitik Deutschlands kennzeichnen. Doch die weithin gelobte Entscheidung könnte auch ein bloßes politisches Symbol bleiben, das es Deutschland erlaubt, sich auf internationalem Gebiet als Vorbild darzustellen.«⁵³

Was diese Frage betrifft, so ist die Entscheidung noch nicht gefallen.

⁵³ Volk, »Patriotic History in Postcolonial Germany«, S. 286.